

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 12.04.2007**

öffentlich

Ort: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
Schopenhauerstraße 4

Zeit: 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Thomas Godenrath	stimm.b.Mitgl.	
Frau Heike Wießner		
Frau Ute Haupt		
Herr Hendrik Lange		
Frau Gertrud Ewert		
Frau Hanna Haupt		
Frau Dr. Regine Stark		
Frau Petra Meißner		
Herr Leonhard Dölle		
Frau Beate Gellert		
Herr Uwe Kramer		von 17.00 - 19.40 Uhr anwesend
Herr Winfried Weber		i.V. Herr Heinicke
Herr Helmut Becker	beratend.Mitgl.	von 16.00 - 17.30 Uhr anwesend
Herr Max Privorozki		i.V. Frau Wahl bis 18.00 Uhr anwesend
Frau Peggy Rarrasch		bis 19.40 Uhr anwesend
Herr Lothar Rochau		
Frau Dagmar Szabados		

Entschuldigt fehlen:

Frau Elke Schwabe	stimm.b.Mitgl.	
Frau Antje Klotsch	„	
Herr Dr. Peter Piechotta	„	entschuldigt
Herr Gebauer	berat.Mitgl.	
Herr Herbert Jomrich	„	entschuldigt
Frau Renate Leonhard	„	entschuldigt
Herr Sarunski	„	entschuldigt
Frau Petra Schneutzer	„	entschuldigt
Frau Susanne Wildner	„	entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 15. März 2007
- 4. Vorstellung des Vereins Gesellschaft der Freunde des Thalia Theaters Halle-Kunst-Kulturzentrum für Kinder und Jugendliche e.V.
- 5. Ergebnisse des 4. Kinder- und Jugendkongresses
Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie und Vertreter der Philosophischen Fakultät III, Erziehungswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- 6. Bericht zur sozialraumbezogenen Arbeit im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
hier: Sozialräume Neustadt/Heide-Nord/Lettin
Berichterstattung: Frau Brederlow, Ressortleiterin des Fachbereiches
- 7. Anfrage der Ausschussvorsitzenden zur Behandlung der Problematik Förderung freier Träger - Brief der OB
- 8. Vorlagen
- 8.1. Umbau der Kinderfreundlichkeitsprüfung zur Familienverträglichkeitsprüfung - Kernfragen
Vorlage: IV/2007/06304
- 8.2. Haushaltskonsolidierung
Dieser TOP wurde von der TO genommen.
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur Landesinitiative FamilienPass
Vorlage: IV/2007/06270
- 10. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
- 11. Beantwortung von Anfragen
- 12. Anregungen
- 13. Mitteilungen

Kinder- und Jugendsprechstunde

Es waren keine Kinder und Jugendlichen zur Sprechstunde gekommen. Somit wurde sofort mit der Sitzung begonnen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zusendung der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt fragte nach Veränderungen zur Tagesordnung. Die Verwaltung nahm Punkt 7.2. – Haushaltskonsolidierung – zurück.

Diese veränderte Tagesordnung wurde bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 15. März 2007

Der Niederschrift wurde ohne Änderungen zugestimmt.

zu 4 Vorstellung des Vereins Gesellschaft der Freunde des Thalia Theaters Halle-Kunst-Kulturzentrum für Kinder und Jugendliche e.V.

Frau Hanna Haupt begrüßte die beiden Vertreter des Vereins. Diese stellten sich den Mitgliedern vor und berichteten über die Arbeit ihres Vereins. Die Vereinsgründung erfolgte im Jahr 1993. Seit 2002 wird eine aktive Kinder- und Jugendarbeit durch den Verein betrieben, u.a. entstand 2003 ein temporäres Hotel, dessen Räume von Jugendlichen gestaltet und ausgestattet wurden. 2002 hat der Verein ein Vorderhaus des Thalia-Theaters gekauft. Für das Konzept eines „Jugendhotels“ wird dem Verein der Förderpreis „Jugend in Arbeit“ verliehen. Am 13.05.2007 soll ein „Tag der offenen Tür“ stattfinden, wo „Hotel“ gespielt wird. Dazu sind interessierte Mitglieder des Ausschusses herzlich eingeladen.

Anfrage eines Mitgliedes (StR) zu Kontakten des Vereins innerhalb der Jugendhilfe.

Ein **Vertreter** antwortete, dass Kontakte zu der Freiwilligen - Agentur, dem Luxkino und den Sozialraummanagern bestehen.

Durch ein **Mitglied (StR)** wurde auf den Begriff „Jugendhotel“ als irreführend verwiesen. Soll eine „Herberge“ für Einzelpersonen entstehen.

Ein **Vertreter antwortete**, dass Ideen durch Jugendliche entwickelt werden sollen. Es soll dort eine offene Belegung nicht nur durch Jugendliche erfolgen. Irgendwann soll es ein Ziel sein, eine wirtschaftliche Form daraus entstehen zu lassen.

Anfrage durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** ob die dort mitwirkenden Jugendlichen in Ausbildung sind oder wie sich das verhält.

Ein Vertreter antwortete, dass eine sozialpädagogische Betreuung dieser Jugendlichen erfolgt. Einige Jugendliche haben keinen Schulabschluss erreicht oder die Ausbildung abgebrochen. Der Verein kooperiert hier mit der ARGE eng zusammen. Ehrenamtlich wirken hier ein Statiker und ein Architekt bei dem Projekt eng mit.

Anfrage durch ein **Mitglied (StR)** wie sich das Verhältnis des Vereins zu der in der Nähe befindlichen Jugendherberge auf Grund des geplanten Projektes gestaltet, da hier eine Konkurrenz entstehen könnte.

Durch **einen Vertreter** wurde geantwortet, dass die Jugendherberge oftmals ausgebucht ist und weitere Bedarfe durchaus gegeben sind. Der Verein hat hierzu Kontakt zum Landesjugendamt aufgenommen. Eine enge Verknüpfung mit Kultur erfolgt; es sollen entsprechende Zielgruppen erreicht werden.

Frau Hanna Haupt dankte den Vertretern des Vereins und verwies darauf, dass über die Anerkennung des Vereins als freier Träger der Jugendhilfe im nichtöffentlichen Teil beraten wird.

zu 5 Ergebnisse des 4. Kinder- und Jugendkongresses Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie und Vertreter der Philosophischen Fakultät III, Erziehungswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle- Wittenberg

Frau Hanna Haupt begrüßte als Gäste die Philosophische Fakultät III, Institut für Pädagogik, Frau Dr. Mierendorff mit ihren StudentInnen.

Herr Rochau sprach an, dass der 4. Kinder- und Jugendkongress am 04. November 2006 in den Franckeschen Stiftungen stattgefunden hatte. Das Motto war „Aufwachsen in Halle – Die Welt bei uns zu Hause!“. Bei der Gestaltung des Kongresses haben viele Vereine und Träger mitgewirkt. Veranstaltet wurde der Kongress durch das Kinderbüro der Stadt, die Franckeschen Stiftungen und das Institut für Pädagogik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Um Eindrücke vermitteln zu können, wurde ein kurzer Film über den Kongress gezeigt, welcher durch die Kinder und Jugendlichen selbst aufgenommen wurde.

Herr Rochau gab das Wort an Frau Dr. Mierendorff weiter, welche mit ihren StudentInnen den Kinder- und Jugendkongress begleitet und wissenschaftlich ausgewertet haben.

Frau Dr. Mierendorff sprach an, dass viele Kooperationspartner bei diesem Kongress integriert waren. Es war eine gelungene, wenn auch nicht immer einfache Zusammenarbeit. Ca 88 Kinder und Jugendliche haben sich beteiligt, davon waren ca. 20% Kinder mit Migrationshintergrund dabei. Letztere haben über ihre Erfahrungen, insbesondere mit Gewalt, gar nichts berichtet. Es war ihrer Ansicht nach mehr eine Veranstaltung für deutsche Kinder und deutsche Veranstalter. Ziel sollte es sein, alle Kinder der Stadt anzusprechen. Halle muss es mit thematisieren; Vorstellungen von Interkulturalität müssen entwickelt werden. Träger sollten übergreifend arbeiten, Partizipation muss hergestellt werden. In der Vorbereitung des nächsten Kinder- und Jugendkongresses sollte man sich Gedanken

machen, was an Inhalten vermittelt werden soll und wofür der Kongress gedacht ist. Eine Auseinandersetzung über Themen und eine Fortsetzung der Kooperation sollte erfolgen und die Überlegung, wer noch mitwirken sollte. Was ist an Zeit noch machbar? Notwendige Strukturen der Kooperation müssen durchdacht werden. Wie findet man ein Team an Workshopleitern, die Lust haben, mitzumachen und sich nicht nur verpflichtet fühlen, sich zu beteiligen.

Anfrage durch ein Mitglied (StR), zum entstandenen Eindruck, dass die Workshopleiter sich nicht besonders eingebracht haben. Wie verhält sich das.

Ein Student antwortete, dass nicht ausreichende Informationen für diese zur Verfügung standen. Die Workshopleiter konnten nicht wirklich mit Partizipation umgehen. Es waren mehr Lehrveranstaltungen, Frage-Antwort-Spiele. Im Vorfeld sollte mehr Zeit für Diskussionen sein und nur wirklich am Thema interessierte Workshopleiter die Workshops führen.

Anfrage durch ein beratendes Mitglied, wer die Workshopleiter waren.

Frau Dr. Mierendorff antwortete, dass vor dem Kongress ein entsprechender Aufruf zur Interessensbekundung daran erfolgte. Es war nicht klar, warum sich einzelne Institutionen/Träger beteiligt haben. Die Lust an Partizipation wurde nicht deutlich, einige Personen scheinen verpflichtet worden zu sein.

Herr Rochau sprach an, dass es sich bei den Workshopteilnehmern um anerkannte freie Träger gehandelt hat. Die Frage ist hier: Was war leistbar und was nicht. Die Methoden der Sozialpädagogik sind das Eine, man sollte auch andere Aspekte nicht aus den Augen verlieren.

Durch ein **Mitglied (StR)** wurde angesprochen, dass sie bei der Abschlussveranstaltung des Kongresses mit dabei war. Der Ansatz des Kinder- und Jugendkongresses wurde von ihr positiv gefunden. Es sollte jetzt eine Form für eine Auswertung gefunden werden, die über die MitarbeiterInnen des Fachbereiches stattfinden sollte. Vielleicht sollte sich Politik hier auch mehr einmischen. Im Mittelpunkt müssen immer die Kinder und Jugendlichen stehen. Erwartungshaltungen müssen ausdiskutiert werden. Ihre Frage an die StudentInnen ist, was diese aus der Veranstaltung an Erfahrungen für ihr Studium an Praxiserfahrung mitgenommen haben. Die Frage wäre auch, warum haben sich die beteiligten Kinder nicht geöffnet, hier müssen die Ansätze gesucht werden.

Ein Student antwortete, dass ein Problem der Workshops sicher das Ziel und die Zeit dargestellt haben, welche vorgegeben waren. Es war weniger Zeit für Fragen der Kinder übrig.

Frau Gellert sprach an, dass sie ebenfalls bei den Workshops dabei war. Die Vorbereitung der Workshops war viel zu kurzfristig. Auf Grund ihrer Erfahrung bei der Arbeit mit Migranten verwies sie darauf, dass es hier ausreichende Zeit der Vorbereitung benötigt. Es gibt viele Ängste bei den Eltern. Diese bringen meistens ihre Kinder zur Schule und zu Veranstaltungen, damit diesen nichts passiert. Sie verwies darauf, dass wir in Halle es weniger mit Türken sondern mit Kurden zu tun haben, was offensichtlich von den Studierenden nicht gewusst wurde. Dies ist ein großer Unterschied beim Umgang miteinander und Hintergründe zu deren Leben, Mentalitäten etc. sind erforderlich.. Die Veranstaltung war an einem Wochenende, die Beteiligung würde an einem Wochentag evtl. günstiger sein, da dann auch Schulen erreicht werden. Darüber sollte auch nachgedacht werden. Inwieweit wurde an der Veranstaltung der Kinder- und Jugendrat beteiligt. Sind im Vorfeld Jugendfreizeiteinrichtungen, welche mit Migranten arbeiten, aufgesucht worden. Hat

dieser Kinder- und Jugendkongress eine „Alibifunktion“. Kinder sollen ein wesentliches Mitspracherecht erhalten und kein „Alibi“ sein.

Frau Szabados sprach an, dass der Auswertungsbroschüre des Institutes für Pädagogik u.a. zu entnehmen ist, dass mehr „Prominenz“ erwartet und gewünscht wurde. Es sollte ihrer Meinung nach, weniger „Prominenz“ sondern mehr die Ebene sein, welche tatsächlich mit den Belangen von Kindern und Jugendlichen zu tun haben. Vorstellbar ist hier die Teilnahme von Jugendhilfeausschussmitgliedern, welche sich intensiv mit der Problematik von Kindern und Jugendlichen beschäftigen. Solche Personen sollten gezielt angesprochen werden. Demokratie und Partizipation sind eng miteinander verbunden. Schulen müssen viel mehr einbezogen werden. Es sollte auch über die freien Träger erreicht werden, dass sich die Horte beteiligen. Träger von Horten sollten also ebenfalls gezielt angesprochen werden. Evtl. nicht das Wochenende sondern eher einen Wochentag für solche Veranstaltungen wählen, da der Effekt viel nachhaltiger wäre.

Frau Dr. Mierendorff sprach an, dass der Ort der Veranstaltung genauer überlegt werden muss. Sie geht davon aus, dass Kinder von Arbeitslosen weniger über die Horte erreicht werden können, da diese Kinder ihrer Ansicht nach kaum in Horten betreut werden.

Frau Szabados machte deutlich, dass natürlich auch Kinder von Arbeitslosen die Horte besuchen und ihnen eine stundenweise Betreuung zusteht. Also spielt die Frage der Einbeziehung von Horten eine große Rolle.

Zur Vorbereitung des nächsten Kinder- und Jugendkongresses kann die Diskussion im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie erfolgen. Fragen, wie zukünftig vorgegangen werden soll, der Ort der Veranstaltung als auch die Einbeziehung welcher Träger etc. sollten hierbei eine Rolle spielen. Ein Vorschlag wäre es auch, eine Sitzung des Jugendhilfeausschusses zum Kinder- und Jugendkongress vor Ort durchzuführen. Dann müsste dies sehr zeitnah abgesprochen und eine Einladung ausgesprochen werden.

Ein Mitglied (StR) erinnerte an die noch offene Beantwortung der Frage, was die StudentInnen an Praxiserfahrung für sich aus dem Kongress mitgenommen haben.

Eine Studentin antwortete, dass sie für sich persönlich nicht viel an Erfahrungen mit nehmen konnte.

Durch ein Mitglied (StR) wurde angesprochen, dass auf Grund der heutigen Diskussion der Charakter der Veranstaltung hinterfragt werden muss. Er verwies darauf, dass bei der Arbeit mit Kindern immer klar sein muss, dass Kinder bei einer Veranstaltung in einer für sie fremden Umgebung sind und es viel Geduld erfordert, bis diese sich dann öffnen. Verständnis wurde auch für die Situation der Workshopleiter gezeigt, diese wollen mit den Workshops auch mal fertig werden und haben keinen unbegrenzten Zeitrahmen hierbei.

Herr Rochau sprach an, dass die Kooperation ausbaubar ist. Solche Veranstaltungen sollten langfristig vorbereitet werden und die StudentInnen sollten sich langfristig sich einbinden lassen und nicht nur für diesen Zeitrahmen der Veranstaltung. Er betonte, dass der Kongress als hervorragendes Ereignis für Kinder angesehen werden sollte.

Durch ein Mitglied (skE) wurde angesprochen, dass nicht nur Schule im Vorfeld angesprochen werden sollte sondern grundsätzlich die Betreuer von Kindern und Jugendlichen. Da dies die Bezugspersonen in der Praxisarbeit sind.

Frau Hanna Haupt dankte für die Ausführungen.

zu 6 Bericht zur sozialraumbezogenen Arbeit im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
hier: Sozialräume Neustadt/Heide-Nord/Lettin
Berichterstattung: Frau Brederlow, Ressortleiterin des Fachbereiches

Herr Rochau sprach an, dass vereinbart gewesen war, die Ressorts in den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses vorzustellen. Heute stellt sich das Ressort West (Neustadt/Heide-Nord/Lettin) von Frau Brederlow vor. Damit haben sich dann alle Ressorts mit ihren Sozialräumen vorgestellt. Er gab das Wort an Frau Brederlow.

Frau Brederlow sprach an, dass die Sozialräume ihres Ressorts mit einigen Vertretern aus ihrem Team als auch von freien Trägern heute mit anwesend sind. Als Gäste begrüßte sie Herrn Töttler von der Integrierten Gesamtschule „W.v.Humboldt“ aus Neustadt und Herrn Dr. Rommelfanger vom Trägerwerk Soziale Dienste (TWSD) und dessen Mitarbeiterin, Frau Albrecht.

Frau Brederlow präsentierte die Sozialräume ihres Ressorts mit den entsprechenden Teamkoordinatoren und Sozialraummanagerinnen und brachte auch die Vergleichszahlen gegenüber den anderen Ressorts. Sie betonte, dass nicht alles in Neustadt negativ ist, wie oftmals angenommen wird. Die Bevölkerungszahl ist mehr als die Hälfte dort rückläufig. In Neustadt gibt es drei Sozialräume: nördliche, westliche und südliche Neustadt. Bekannt ist, dass in Heide-Nord im II. WK ein Abriss erfolgen soll und dafür Einfamilienhäuser errichtet werden sollen. Sie sprach an, dass nächste Woche Mitarbeiter ihres Ressorts nach Heide-Nord in das Objekt Heidekrautweg 8 ziehen, so dass auch dort sozialraumorientiert gearbeitet wird.

Herr Godenrath bat darum, ihm per email diese Auflistung zuzusenden.
Die Verwaltung sicherte dies zu.

Frau Brederlow gab das Wort an Herrn Töttler.

Herr Töttler stellte anhand von Beispielen die Arbeit seines Schulbereiches inklusive der Freizeitangebote und Beteiligungen dar. U.a. würdigte er die Tätigkeit des Blasorchesters der Schule, hob die Tätigkeit des Fördervereins der Schule hervor und ging auf die Beteiligung am Südparkfest ein. Eine klare Aussage von ihm war, dass „der Umgang mit Kindern Liebe, Konsequenz und Leitplanken“ benötigt. Er sprach an, dass es bereits ein Problem damit gibt, dass oftmals die Eltern ein Problem haben bzw. sind. Für zwingend erforderlich hält er, dass Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen an die Schulen, also vor Ort und nicht in irgendwelchen Verwaltungsbüros, zu finden sind. Praxisorientierter Unterricht wird an seinem Schulkomplex geboten. Projektarbeit sollte mehr geöffnet werden. Eine enge Zusammenarbeit besteht mit der „Villa Jühling“. Wirkungsvoll wurde von ihm erklärt, dass „Rezepte alle da sind, es muss nur mit der Therapie angefangen werden.“

Für den Sozialraum V des Ressorts, hier: Heide-Nord waren als Vertreter die Sozialraummanagerin Frau Erfurth und das TWSD, der Geschäftsführer Herr Rommelfanger mit Mitarbeiterin anwesend.

Herr Rommelfanger stellte den Mitgliedern seinen Verein, welcher seit 1993 in Sachsen-Anhalt tätig ist, vor. Die meisten Einrichtungen hat der Träger in Halle, ist aber darüber hinaus in verschiedenen Gebieten, auch im Mansfelder Land mit Projekten tätig. In Heide-Nord sind zwei Einrichtungen, die Tagesgruppe „freche Maus“ im Schafschwingelweg und die Heilpädagogische Jugendwohngruppe in der Salzämder Straße.

Seine Mitarbeiterin, **Frau Albrecht**, stellte die integrative sozialpädagogische Tagesgruppe vor, bei welcher sie Einrichtungsleiterin ist. Sie sprach u.a. an, dass die Kinder in Heide-Nord einen großen Spielplatz haben möchten.

Frau Erfurth wies auf die weiteren im Sozialraum tätigen Träger und deren Tätigkeitsfeld hin.

Durch ein **Mitglied (StR)** wurde angefragt, wieso ein Mitarbeiterumzug nach Heide-Nord erfolgt, da dies doch vor einiger Zeit noch anders geplant war.

Frau Brederlow verwies auf die Umsetzung des Fachkonzeptes, wonach sozialraumorientiert gearbeitet werden soll. Bisher war dies in Heide-Nord noch nicht möglich. Es wurde festgestellt, dass dieser Sozialraum ein relativer Brennpunkt ist und auch dort Mitarbeiter des Fachbereiches präsent sein müssen.

Anfrage durch ein **Mitglied (StR)** wie es sich beim Bericht mit Fallzahlen und dem Beschluss zum Controlling verhält.

Frau Brederlow antwortete, dass dies heute als letzter Bericht zur Vorstellung von Ressorts angesehen werden muss. Zukünftig werden die Berichte aus den Ressorts mit Fallzahlen versehen werden, damit kann frühestens 2008 begonnen werden. Dann werden die Sozialräume differenzierter angesehen werden. Heute diene der Bericht einzig als Überblick zum Ressort West und dessen Sozialraumarbeit.

Anfrage durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** ob es rechte Gruppierungen in Heide-Nord gibt.

Frau Erfurth antwortete, dass ihr das so nicht bekannt ist und sie das nicht bestätigen kann. Es gibt eine Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz, welche das auch nicht bestätigen. Eine Zeitlang gab es Plakatierungen durch Flyer, welche gegenwärtig nicht ist.

Herr Rochau sprach an, dass sich die Form der Arbeit der rechtsextremen Gruppierungen verändert hat. Sie haben andere Methoden, welche sich an der Grenze zur Legalität bewegen aber schwer geahndet werden können. Der Fachbereich arbeitet im Präventionsrat mit. Er betonte ausdrücklich, dass es nicht Aufgabe seines Fachbereiches sei, dem nach zu gehen. Hierfür liegt die Zuständigkeit beim Staatsschutz und nicht prioritär in unserem Aufgabenbereich.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger), dass das TWSD sich heute vorgestellt hat und dadurch bekannt wurde, dass der Träger auch in anderen Sozialräumen tätig ist. Wie sieht die Vernetzungsarbeit des Trägers aus.

Herr Rommelfanger antwortete, dass sie bisher im Sozialraum I und Sozialraum V tätig sind.

Im SR I ist eine enge Vernetzung zu anderen Partnern gegeben, insbesondere zu den Schulen. Problem ist es, dass sie als Träger in Halle keine „Regeleinrichtungen“ wie Kindertagesstätten oder Horte haben. Zu diesen soll eine enge Kooperation angebahnt werden.

Es gab keine weiteren Anfragen.

Frau Brederlow lud zum Südparkfest, welches vom 01. – 03.06.2007 stattfindet alle Mitglieder herzlich ein. Sie verwies darauf, dass am 02.06.07 hier auch eine kommunalpolitische Gesprächsrunde stattfinden soll. Einladungen hierzu erfolgen demnächst.

zu 7 Anfrage der Ausschussvorsitzenden zur Behandlung der Problematik Förderung freier Träger - Brief der OB

Frau Hanna Haupt bat darum, zusätzlich zur Tagesordnung jetzt erst die Behandlung der Problematik Förderung freier Träger zu behandeln. Dies macht sich erforderlich, da einige Mitglieder nicht bis zum TOP Mitteilungen in der Sitzung anwesend sind.

Sie sprach an, dass der Brief der Oberbürgermeisterin für sehr viel Turbulenz gesorgt hat. Es war eine etwas missverständliche Formulierung im Brief enthalten. Im Stadtrat gab es hierzu in der Bürgersprechstunde entsprechende Anfragen. Im Gegenzug liegt den Fraktionen und ihr als Ausschussvorsitzende ein Brief des Arbeitskreises freier Träger Hilfen zur Erziehung vor. Wer sich dahinter verbirgt ist nicht bekannt, da dieser Brief nicht unterzeichnet wurde. Und ohne Absenderangabe ist.

Frau Szabados sprach an, dass für sie der Brief der Oberbürgermeisterin nicht missverständlich ist. Die Oberbürgermeisterin war verpflichtet, diesen Brief zu schreiben. Die Stadt befindet sich in der vorläufigen Haushaltsführung, deshalb dürfen gegenwärtig nur Pflichtleistungen finanziert werden. Im Brief wurde darauf verwiesen, dass alle Leistungen auf dem Prüfstand sind, d.h. alle Verträge werden einer Prüfung unterzogen und Verträge, die einzuhalten sind, werden auch gehalten. Die Oberbürgermeisterin steht für die vorläufige Haushaltsführung in der Verpflichtung. Es steht ein Erlass des Innenministeriums in Aussicht, dass es Änderungen geben soll. Bei Vereinen, welche in Liquiditätsschwierigkeiten sind, kann (und wurde) nach Antragstellung des Vereins und entsprechender Prüfung durch die Verwaltung eine Zahlung veranlasst werden. Es wurden alle Bereiche angeschrieben: Jugendhilfe, Sport und Kultur. Wenn der angekündigte Erlass des Innenministeriums kommt, womit gerechnet wird, kann gehandelt werden. Gegenwärtig muss eine Prüfung, wie angekündigt, erfolgen.

Im Stadtrat hat sie entsprechend der Anfrage Stellung bezogen. In den „Sonntagsnachrichten“ wurde es nach der Stadtratssitzung so dargestellt, als wenn sie eine falsche Aussage getroffen hat. Sie machte deutlich, dass sie das nicht getan hat. Nach der Stadtratssitzung, bei welcher sie sich klar zum Brief der Oberbürgermeisterin ausgedrückt und diesen kommentiert hat, hätte jedem verständlich sein müssen, warum die Oberbürgermeisterin so handeln musste. Auch in Zukunft werden Bewilligungsbescheide deutlich unter dem Haushaltsvorbehalt stehen. Im Jugendbereich war die Möglichkeit des Handelns gegeben, da die Jugendpauschale nicht zweckentfremdet eingesetzt werden kann. Die Stadt hat auf die derzeitige Rechtslage aufmerksam gemacht. Das Problem liegt im Landeshaushaltsrecht begründet.

Herr Godenrath sprach an, dass der Brief bereits vor dessen Ankommen bei den Vereinen im Unterausschuss Jugendhilfeplanung bekannt wurde. Es stand auch ein Artikel in der Zeitung dazu, bevor die Träger Kenntnis davon hatten. Er wies darauf hin, dass nicht nur bei den freien Trägern die Formulierung im Brief missverständlich ankam, sondern auch bei den Fraktionen.

Frau Szabados sprach an, dass alle Verträge geprüft werden. Dort wo nicht auf den Haushaltsvorbehalt hingewiesen wurde, wird eine Zahlung veranlasst. Spätestens mit ihrer Aussage im Stadtrat und dem Artikel am darauf folgenden Tag von der Oberbürgermeisterin hätten Missverständlichkeiten ausgeräumt sein müssen. Frau Gellert hat zur Bürgersprechstunde im Stadtrat angefragt und sie hat den Brief der Oberbürgermeisterin kommentiert.

Frau Ute Haupt sprach an, dass der Brief auch in ihrer Fraktion für Irritationen gesorgt hatte. Auch nach der Sitzung des Stadtrates gab es Unsicherheiten, da viele Träger nicht im Stadtrat waren und diese Informationen so nicht erhalten haben.

Frau Szabados antwortete, dass sie im Stadtrat eine Klarstellung gemacht hat. Nach der Sitzung wurde ihr unterstellt, dass sie Falschaussagen getroffen hätte. Dagegen verwehrt sie sich eindeutig. Jetzt haben sich in einem Brief freie Träger geäußert, die Leistungen von Hilfen zur Erziehung erbringen. Diese sind von freiwilligen Leistungen gar nicht betroffen und somit auch nicht von dem Brief der Oberbürgermeisterin. Dieser Brief hat sie sehr verwundert.

Frau Ewert sprach an, dass ein Grundvertrauen da sein sollte. Dafür, dass man sich durch den Jugendhilfeausschuss kennt, hätte sie erwartet, dass die Träger sich eine Vertrauensperson aus den Reihen der Stadträte sucht, die hier sitzen. Dann hätte eine Klärung mit der Verwaltung gleich erfolgen können.

Herr Kramer sprach an, dass es hier offensichtlich Kommunikationsprobleme zwischen Stadt und freien Trägern gab. Die Aussagen von Frau Szabados im Stadtrat und auch die Äußerungen der Oberbürgermeisterin in der Zeitung ist teilweise über Dritte an die Vereine herangetragen worden. Was bedeutet dies in der weiteren Kommunikation. Der Brief der Oberbürgermeisterin ging an die Vorstände der Vereine. Diese hätten demzufolge eine Klarstellung erhalten müssen.

Frau Szabados verwies darauf, dass die Verwaltung den erwarteten Erlass abwarten muss. Erst dann kann die Oberbürgermeisterin sich verbindlich an die Vorstände der Vereine wenden. Es steht den Vorständen frei, sich bei ihr zu melden, dann erklärt sie auch diesen die Situation. Erst nach vorliegendem Erlass kann schriftlich durch die Verwaltung wieder reagiert werden.

Sie unterbreitet das Angebot, dass ihr mitgeteilt wird, um welche Vorstände es sich handelt, die keine Information aus dem Stadtrat heraus erhalten haben. An diese würde sie sich persönlich wenden, um den Brief der Oberbürgermeisterin diesen zu kommentieren.

Frau Gellert sprach an, dass die Vorstände mit ihrem privatem Vermögen haften. Es besteht eine Störung über die Art und Weise des Umganges miteinander. Die kleineren Träger sind teilweise total verängstigt. Es sollte ein Gesprächstermin stattfinden, um über den zukünftigen Umgang miteinander sprechen zu können.

Frau Szabados wies darauf hin, dass dies mit der LIGA und dem Stadtjugendring bereits kommuniziert wurde. Sie kann es zum jetzigen Zeitpunkt nicht schriftlich machen, solange der Erlass nicht da ist. Wenn der Verwaltung eine schlechte Kommunikation unterstellt wird, fragt sie sich, wie die Kommunikation unter den Trägern ist. Hier wurde mitgeteilt, dass nach der Sitzung des Stadtrates viele Träger, insbesondere die kleineren Träger, nach wie vor nicht Bescheid wussten.

Welche Kommunikation erfolgt dann durch die LIGA und den Stadtjugendring innerhalb seines Trägerkreises. Sie erwartet eine zweiseitige Kommunikation und nicht nur die Erwartungshaltung an die Verwaltung. Es gibt den Brief an die Oberbürgermeisterin, mit der Bitte, um einen Gesprächstermin.

Sie teilt mit, dass es dazu am 02. Mai 2007 den gewünschten Gesprächstermin geben wird.

Anfrage durch Herrn Godenrath, wie der Brief des Arbeitskreises Freier Träger HzE gewertet werden soll, weil darin die Kündigung der Zusammenarbeit vermerkt wurde. Leider ist heute von den Trägern, welche gefragt werden könnten, keiner anwesend.

Frau Szabados machte nochmals deutlich, dass HzE eine Pflichtleistung und keine freiwillige Leistung ist, also sind diese Träger von HzE von dem OB-Brief gar nicht betroffen. Leider wurde der Brief weder unterschrieben noch ist ein Ansprechpartner benannt worden. An wen soll sich die Stadt also nun wenden.

Es wurde der Hinweis gegeben, dass im Arbeitskreis HzE Ansprechpartner Herr Kröner ist, an den man sich wenden könnte.

Die Diskussion war damit beendet.

zu 8 Vorlagen

zu 8.1 Umbau der Kinderfreundlichkeitsprüfung zur Familienverträglichkeitsprüfung - Kernfragen - Vorlage: IV/2007/06304

Herr Rochau sprach an, dass es 2005 einen Beschluss im Stadtrat gab, dass im Zuge der Familienberichterstattung die Kinderfreundlichkeitsprüfung schrittweise in eine Familienverträglichkeitsprüfung umgewandelt werden soll. Damit bekennt sich die Stadt Halle zur familienfreundlicheren Gestaltung und Umsetzung der beschlossenen Leitziele der Kinder-, Jugend und Familienpolitik. Es gibt unterschiedliche Lebensformen von Familie.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) ob zum familiengerechteren Wohnen die zwei großen Wohnungsunternehmen in der Stadt einbezogen wurden.

Frau Szabados antwortete, dass wir gegenwärtig noch nicht soweit sind. Die Einbeziehung städtischer Unternehmen soll ein nächster Schritt sein.

Herr Deckert (Mitarbeiter im Fachbereich) sprach an, dass in der Arbeitsgruppe, in welcher dieser Kriterienkatalog entworfen wurde, Herr Weiske als Sozialplaner der Stadt mit dabei ist. Herr Weiske arbeitet in einigen Arbeitsgruppen mit, wo eine entsprechende Verzahnung erfolgt.

Ein Mitglied (StR) wies darauf hin, dass die Kontakte zu den Wohnungsunternehmen stattfinden müssen, wenn familiengerechter Wohnraum geschaffen werden soll.

Frau Szabados griff dies auf und regte einen dritten Beschlussvorschlag an, in welchem die Verwaltung beauftragt wird, nach Möglichkeiten zu suchen, dass städtische Unternehmen entsprechend der Kriterien der Familienverträglichkeitsprüfung handeln.

Diese Anregung wurde durch den Jugendhilfeausschuss aufgenommen.

Ein Mitglied (StR) sprach an, dass zum gegebenen Zeitpunkt im Jugendhilfeausschuss zum Stand dieser Umsetzung ein Bericht erfolgen sollte.

Die Verwaltung sagte dies zum gegebenen Zeitpunkt zu.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) wie zukünftig mit dem Urteil zur Kinderfreundlichkeitsprüfung umgegangen wird, da dieses nur verwaltungsintern einsichtbar war und nicht für die Mitglieder des Stadtrates klar gemacht wurde. Dies sollte transparenter gemacht werden.

Frau Szabados antwortete, dass dies zum Verwaltungshandeln gehört. Wenn nach der entsprechenden Prüfung hierzu nicht die Kriterien erfüllt waren, ging es an den betreffenden Bereich zurück. Sie schlug vor, bei den zukünftigen Vorlagen eine Seite mit einer Kurzeinschätzung dazu anzubringen, woraus ein Worturteil dazu hervorgeht.

Durch ein Mitglied (StR) wurde darauf hingewiesen, dass die Anlage 1 – Kernfragen – ein Problem aufwirft. Es entstehen mehr Fragen als beantwortet werden können.

Frau Szabados sprach an, dass die Verwaltung die Anlage 1 überarbeiten wird. Die Behandlung der Vorlage wird heute als „1. Lesung“ gewertet und am 03. Mai nochmals neu aufgerufen. Bis dahin wird die Anlage 1 überarbeitet und im Deckblatt der dritte Beschlussvorschlag eingearbeitet.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Möglichkeiten zu suchen, dass die städtischen Einrichtungen/ Institutionen/Unternehmen entsprechend den neun Kriterien der Familienverträglichkeitsprüfung handeln.

Dem wurde so zugestimmt.

zu 8.2 Haushaltskonsolidierung (Bitte bringen Sie die dazu die Unterlagen mit, die Ihnen seit 15.02.07 vorliegen)

Dieser Top wurde zurückgezogen.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 9.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur Landesinitiative FamilienPass Vorlage: IV/2007/06270

Herr Rochau sprach an, dass die CDU-Fraktion den 1. Beschlussvorschlag in ihrem Antrag zurück gezogen hat. Die Stadt wird den 2. Vorschlag umsetzen.

Frau Szabados sprach an, dass die Verwaltung zu dem Antrag eine Stellungnahme abgegeben hat. Den 2. Beschlussvorschlag hat sie in der Formulierung geringfügig verändert. Sie bittet darum, dass die vorgeschlagene Formulierung übernommen wird.

Dem wurde zugestimmt.

Herr Godenrath bat darum, dass im Jugendhilfeausschuss September oder Oktober 2007 über die Umsetzung berichtet wird.

Die Verwaltung sagte dies zu.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung des Antrages der CDU-Fraktion mit dem modifizierten Beschlussvorschlag (alt Punkt 2 – neu jetzt nur ein Vorschlag) auf.

Modifizierter Beschlussvorschlag:

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die städtischen Einrichtungen aufzufordern, die Kriterien, die für den „Familienpass“ gelten, zu übernehmen und somit die Regelungen zu harmonisieren

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss stimmte dem modifiziertem Beschluss **einstimmig** zu.

zu 10 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Frau Ute Haupt fragte zum Stand des Spielplatzes am „Tallin“ an.

Die Verwaltung wird dies in der nächsten Sitzung beantworten.

Frau Ewert fragte zum Stand des Spielplatzes am Rosa-Luxemburg-Platz (am Landesmuseum für Vorgeschichte) an. Daneben ist auch eine Hundewiese.

Frau Szabados antwortete, dass sich hier eine Elterninitiative bereits mit der Verwaltung in Verbindung gesetzt hat. Ansprechpartner sind Frau Neubert und Herr Weiske. Zur nächsten Sitzung wird die Anfrage beantwortet werden.

Anfrage von Herrn Dölle zum stattgefundenen Treffen mit dem Landesverwaltungsamt, Bereich Schule und Schulleitern im Fachbereich.

Frau Brederlow antwortete, dass Herr Ochs vom LVA, Bereich Schule und Schulleiter von Sekundarschulen bei dem Treffen am 29. März 2007 hier im Fachbereich waren. Es wurde vereinbart, dass es regelmäßige Treffen geben soll, um zu einer Kooperationsvereinbarung zu kommen, die evtl. auch das LVA mit unterschreibt. Mit den Sekundarschulen soll es in den einzelnen Ressorts extra Treffen geben. Es sind also zwei verschiedene Ziele im Blickfeld: eine Kooperationsvereinbarung mit dem LVA und eine Kooperation mit den Schulen.

Frau Szabados sprach an, dass sie große Hoffnung hat, dass über die Pro-Aktiven-Systeme die Schulen einbezogen werden können und Initiativen daraus stattfinden.

Anfrage durch Herrn Lange zu einem Holzspielplatz in Neustadt (Kastanienschule). Wird dieser Spielplatz offen gestaltet, also ist für alle zugänglich.

Die Verwaltung beantwortet dies ebenfalls zur nächsten Sitzung.

Anfrage durch Herrn Lange, inwieweit der Jugendhilfebereich mit dem produktiven Lernen in Radewell zusammen arbeitet.

Herr Dölle antwortete, dass es eine Arbeitsgruppe gibt, bei welcher das Produktive Lernen Radewell mitwirkt.

Herr Lange verweist auf die nächste Schulentwicklungsplanung. Herr Hildebrandt hat bereits angekündigt, diesen Bereich produktives Lernen in Radewell zu verlagern. Er weist darauf hin, dass der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie rechtzeitig bei dieser

Schulentwicklungsplanung einbezogen werden sollte und entsprechende Sichtweisen darauf er hält.

Frau Szabados sagte zu, dass sich die Jugendhilfeplanung hier rechtzeitig einbringen wird. Die Jugendhilfe wird sich verstärkt der Schulentwicklungsplanung widmen.

Frau Hanna Haupt fragte an, ob in der Sitzung am 03. Mai Frau Bürgermeisterin Szabados verabschiedet werden kann, da diese dann ihr Amt als Oberbürgermeisterin der Stadt antritt.

Frau Szabados antwortete, dass erst normale Vertretungsregelungen eintreten und alles andere später erfolgt. Sie wird sich dazu zeitnah äußern.

zu 11 Beantwortung von Anfragen

Anstehende Anfragen wurden bereits vorher entsprechend beantwortet.

zu 12 Anregungen

Frau Szabados informierte darüber, dass zusammen mit dem Kultusministerium 25 Unternehmen unter Führung des Bildungszentrums Energie gewonnen werden konnten, welche Praktikumsmöglichkeiten ab dem nächsten Schuljahr in ihrem Unternehmen für Schüler der 8. Klassen anbieten. Diese erhalten nach dem Praktikum eine Beurteilung. Die Unternehmen wollen verbindlich zu den Schulen Kontakte aufnehmen. Morgen gibt es hierzu eine Informationsveranstaltung im Bildungszentrum Energie dazu.

zu 13 Mitteilungen

Es gab keine Mitteilungen.

Gez. Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Szabados

Bürgermeisterin

Gez. Kaupke

Protokollantin